

II-4162 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 28. APR. 1975

No. 2052/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Schmidt, Dr. Stix  
und Genossen  
an den Herrn Bundeskanzler  
betreffend Jugendkriminalität - Koordinierte Maßnahmen  
der Bundesregierung.

Ein sprunghaftes Ansteigen der Jugendkriminalität ist seit geraumer Zeit wohl eines der hervorstechendsten Merkmale der Kriminalstatistiken vieler europäischer Länder. Diese besorgniserregende Entwicklung muß in den letzten Jahren auch in Österreich festgestellt werden, was nicht zuletzt durch jene Zahlen und Angaben eindrucksvoll untermauert wird, die den in der XIII. Gesetzgebungsperiode von der Bundesregierung vorgelegten Berichten über die innere Sicherheit Österreichs zu entnehmen sind.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei der hohe Anteil, den die Altersgruppen der Jugendlichen (14 - 18 Jahre) und Heranwachsenden (18 - 21 Jahre) an den Verbrechen gegen Leib und Leben aufzuweisen haben. Nicht weniger erschreckend sind oft auch die Einzelheiten, die im Zusammenhang mit solchen Gewalttaten durch die Berichterstattung der Massenmedien bekanntwerden. Was hier zutage tritt, ist eine zunehmende Verrohung, der Richter, Staatsanwälte und Psychologen nicht selten fassungslos gegenüberstehen.

Es sollte nicht länger übersehen werden, daß diese in der Öffentlichkeit viel diskutierte Erscheinung von den Fachleuten warnend mit einer ganz bestimmten Art von Spielfilmen in Verbindung gebracht wird, die - zumindest in Österreich - erst in letzter Zeit überhand nehmen. Gemeint sind also keineswegs etwa jene "gängigen" Kriminal- und Abenteuerfilme, wie es sie schon seit jeher gibt, sondern Filme, die in kaum mehr zu überbietender Eindeutigkeit die brutale Gewalt verherrlichen bzw. den Gesetzesbrecher so darstellen, daß er - zumal einem jugendlichen Publikum - als Vorbild erscheinen muß.

- 2 -

Tatsächlich spricht manches dafür, daß in dem ohne Zweifel sehr negativen Einfluß, der von derartigen Filmen ausgeht, eine wesentliche (wenn auch gewiß nicht die einzige) Ursache für die zunehmende Jugendkriminalität zu suchen ist. Gerade das Verhalten jugendlicher Täter ebenso wie die Methoden, der sie sich bedienen, deuten immer wieder unverkennbar auf ganz bestimmte, wohl nur der Kinoleinwand oder der Fernsehmatte entlehnte Muster hin.

Alles in allem handelt es sich hier um eine Problematik, die jedenfalls noch einer genauen Untersuchung durch Experten (wie Kriminologen, Psychologen und Erzieher) bedarf, bevor endgültige Schlüsse bzw. konkrete Konsequenzen gezogen werden können. Völlig unhaltbar erscheint jedoch der derzeitige Zustand, der dadurch gekennzeichnet ist, daß sich offenbar überhaupt keine behördliche Stelle des Bundes verantwortlich, geschweige denn dazu aufgerufen fühlt, der gegenständlichen Frage auf den Grund zu gehen.

So hat sich etwa der Herr Bundesminister für Inneres, von freihheitlichen Abgeordneten auf die bewußten Zusammenhänge angesprochen, auf den - formal sicher richtigen - Hinweis beschränkt, im Rahmen seines ministeriellen Zuständigkeitsbereiches auf die Auswahl von Spielfilmen keinen Einfluß zu haben. Dessen ungeachtet wäre es nach Auffassung der unterzeichneten Abgeordneten sehr wohl Sache des Bundesministers für Inneres, den kausalen Zusammenhang zwischen der Jugendkriminalität mit ihren heutigen Begleitscheinungen und dem Überhandnehmen solcher Filme, in denen das Verbrechen und die Anwendung brutaler Gewalt glorifiziert werden, näher untersuchen zu lassen. Ferner wäre es - für den Fall, daß sich dabei die bisherigen Warnungen verschiedener Fachleute als berechtigt erweisen sollten - Aufgabe des Innenministers, die bestehenden Gefahren aufzuzeigen und damit zumindest den Anstoß in Richtung einer Erarbeitung konkreter Vorschläge zu geben.

- 3 -

- 3 -

Aus dem Gesamtzusammenhang ergibt sich, daß von dieser Frage neben dem Bundesministerium für Inneres auch das Bundesministerium für Justiz, das Bundesministerium für Unterricht und Kunst sowie das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie berührt werden. Ein ernsthafter Versuch, einer Lösung des hier aufgezeigten Problems durch eine entsprechende Koordinierung näherzukommen, wurde nach vorliegenden Informationen bislang von keiner Seite unternommen.

Somit besteht in Österreich eine Situation, in der die Bevölkerung sowohl über das Ausmaß als auch über die Erscheinungsform der Jugendkriminalität berechtigte Sorge empfindet, ohne daß diese weitverbreitete Besorgnis von den verantwortlichen Stellen geteilt würde. Welche Rolle hierbei jene durchwegs aus dem Ausland importierten Filme spielen bzw. wie weit deren negativer Einfluß tatsächlich geht, ist nach Auffassung der unterzeichneten Abgeordneten eine Frage von höchster Aktualität und Dringlichkeit, die nicht einfach mit dem Hinweis auf fehlende bzw. unklare Zuständigkeiten oder auf einen negativen Kompetenzkonflikt beantwortet werden kann. Vielmehr muß erwartet werden, daß hier endlich eine umfassende Klärung herbeigeführt und sodann geprüft wird, welche Vorkehrungen - notwendigenfalls - getroffen werden können. Was letzteres betrifft, so erschiene die Einrichtung einer Kommission, deren Mitglieder (Richter, Pädagogen und andere Fachleute) nicht weisungsgebunden und daher in ihren Entscheidungen unabhängig sind, ein durchaus gangbarer Weg.

Angeichts des geschilderten Sachverhaltes und im Hinblick auf die Verantwortung, welche die Bundesregierung für die innere Sicherheit Österreichs ebenso wie für eine gedeihliche Entwicklung der heranwachsenden Generation zu tragen hat, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die

#### A n f r a g e :

- 1.) Wie lautet Ihre grundsätzliche Stellungnahme zu dem aufgezeigten Problem?

- 2.) Sind Sie bereit, eine Koordination zwischen den von der gegenständlichen Frage berührten Ministerien - mit dem Ziel einer entsprechenden Prüfung - sicherzustellen?
- 3.) Welche Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang auf seiten der Bundesregierung beabsichtigt bzw. bis wann kann mit deren Verwirklichung gerechnet werden?